

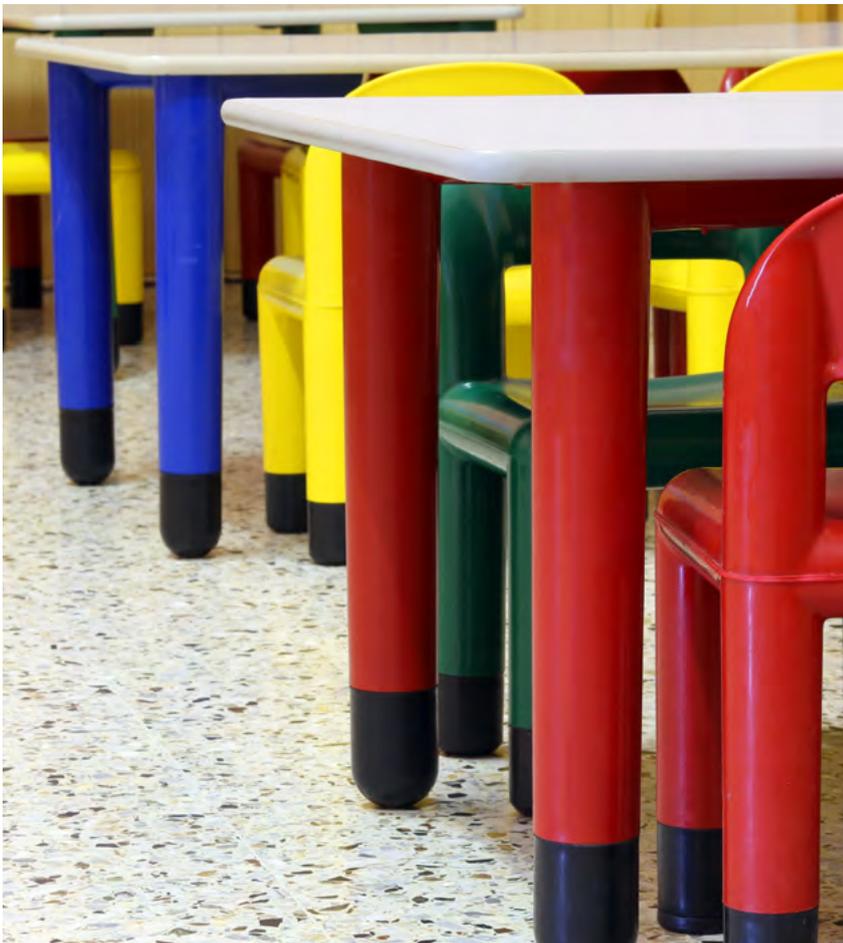
Erwartungen des Niedersächsischen Städtetages an die Landesregierung in der kommenden Legislaturperiode

Die Niedersächsischen Kommunen arbeiten traditionell konstruktiv mit der Landesregierung zusammen. Auch nach der Landtagswahl im Oktober wird Niedersachsen vor großen Herausforderungen stehen, die wir gemeinsam angehen werden. Wir möchten bereits im Vorfeld einige der zentralen Handlungsfelder benennen und unsere Erwartungen an die kommende Landesregierung formulieren.



Niedersächsischer
Städtetag

1. Bildung: Kindertagesstätten



- **Beteiligung des Landes an den Betriebskosten der Kindertagesstätten im Sinne der immer wieder verabredeten Dreiteilung**
- Beteiligung des Landes an den Investitionen für Kindergärten und -horte
- Volle Erstattung von Einnahmeausfällen der Kommunen bei Einführung der Gebührenfreiheit
- Weiterentwicklung und Angleichung der Systeme für die Schulkinderbetreuung (Horte/Ganztagsschulen)
- Qualitätsoffensive in Kindertagesstätten unter Berücksichtigung der Konnexität
- Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel bei Erziehungsberufen:
 - Anerkennung als Mangelberuf
 - Schulgeldfreiheit an Fachschulen
 - Einführung einer dualen Ausbildung
 - Erhöhung der Ausbildungskapazitäten an den Fachschulen
 - Bessere Förderung und Qualifizierung von Quereinsteigern/innen

2. Bildung: Schule

- Inklusion an den Schulen ermöglichen:
 - Erstellung eines praxisgerechten Rahmenkonzepts
 - Einsatz multiprofessioneller Teams an Schulen
 - Ausweitung der personellen Ausstattung
 - RZI vor 2021 landesweit ausbauen
 - Schwerpunktschulen auf der Grundlage der Wahlfreiheit für Schulträger über 2024 hinaus ermöglichen
- **Schulbauförderung des Landes für Neubauten und Sanierung einführen**
- Sicherung und Ausbau der kommunalen Bestimmungsmöglichkeit über die Schulform
- Anerkennung der Konnexität für die Kosten der Umstellung von G8 auf G9
- Stärkung der gemeindlichen Schulträgerschaft im Rahmen des Schulträgerlastenausgleichs
- Digitalisierung von Schulen: Unterstützung der Schulträger bei der finanziellen Last und beim Breitbandausbau
- Bessere personelle und finanzielle Ausstattung von Ganztagschulen
- Verlässliche und vollständige Umsetzung der Vereinbarung zur sozialen Arbeit in schulischer Verantwortung unter Beachtung der Bedarfe der Schulsozialarbeit vor Ort



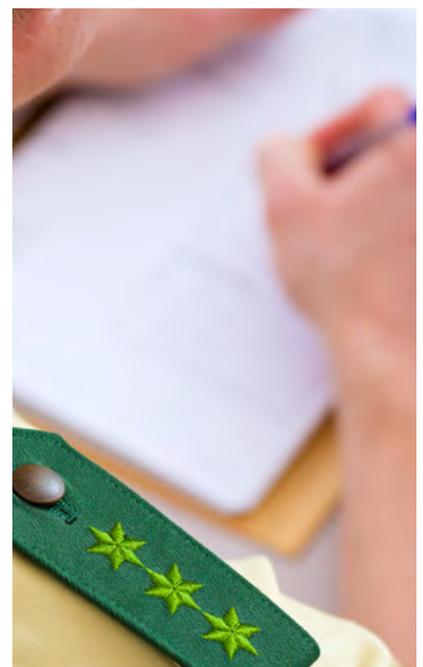
3. Flüchtlinge

- Einsatz für eine praktikable positive Wohnsitzauflage im Bundesrecht
- Einsatz gegenüber dem Bund für eine Erfassung und Steuerung des Familiennachzugs sowie die Schaffung verlässlicher Rahmenbedingungen für den Familiennachzug
- Effektivere Beschulung von Flüchtlingskindern (Diagnostik, Sprachförderung, alternative Beschulung) und zusätzliche Schulsozialarbeit
- **Einführung einer auskömmlichen Integrationspauschale und Verteilung der Mittel aus Förderrichtlinien nach Flüchtlingszahlen**
- Anpassung der Kostenerstattung an die tatsächlichen Kosten
- Übertragen der koordinierenden Rolle für die Sprachkursplanung und Mittelvergabe ausschließlich auf die Kommunen
- Verbesserung der Datengrundlage und Statistiken in den Bereichen Kita, Schule, Arbeitsmarkt



4. Sicherheitspolitik

- Sicherung der Polizeipräsenz in der Fläche
- Erhalt der Amtsgerichtsstandorte in der Fläche
- Sicherstellung einer ausreichenden Lehrgangsversorgung an der NABK





5. Soziales

- Bundesteilhabegesetz
 - Zuständigkeiten unverzüglich regeln
 - (vorübergehende) Mehrbelastungen ausgleichen
- Krankenhausfinanzierung zukunftsicher aufstellen

7. Wirtschaft

- Rechtssicheres und vollziehbares Ladenschlussgesetz
- EU-Förderung:
 - Stärkere Berücksichtigung von Mittelzentren
 - Flexiblere Ausgestaltung
 - Entbürokratisierung
- Vereinfachung des Vergaberechts



6. Bauen, Verkehr, Umwelt

- Stärkere Förderung des Wohnungsbau v. a. in den Regionen, in denen ein Mangel an bezahlbarem Wohnraum herrscht
- Einführung von Business Improvement Districts (Gesetz zur Stärkung privater Initiativen im Quartier [NQG/NQPIG])
- Einführung eines wirksamen Verbots, Wohnungen in Mangelgebieten zweckzuentfremden
- Sicherung der Gemeindeverkehrsfinanzierung
- Größere Spielräume für die Einführung von „Tempo 30-Zonen“
- Stärkung der Verkehrsinfrastruktur im Umweltverbund (SPNV, Fahrrad, ÖPNV); massive Förderung der E-Mobilität im ÖPNV
- Bessere Unterstützung der Kommunen bei der Erarbeitung von Konzepten zur Luftreinhaltung
- Förderung der Belebung bzw. des Umbaus von Innenstädten; Auflage eines echten Programms „Ab in die Mitte“





8. Kommunalrecht

- Wiedereinführung des Auszählverfahrens nach d'Hondt für Kommunalwahlen (i. ü. wie beim Land)
- Freistellungsanspruch von ehrenamtlich Tätigen bei Gleitzeitigkeiten
- Steuer- und Sozialversicherungsfreiheit der Entschädigung für Mandatstätigkeit
- Verlängerung der Amtszeiten der HVB auf acht Jahre



9. Finanzen

- Kommunales Investitionsprogramm
- Ungekürzte Weiterleitung von Mitteln, die der Bund zur kommunalen Entlastung bereitgestellt hat
- Erhöhung der Verbundquote im KFA
- Landesfinanziertes Entschuldungsprogramm für hochverschuldete Städte und Gemeinden
- Zukunftsfähigkeit der Grundsteuer sicherstellen; ggf. auch im Rahmen von Landesgesetzen
- Umbau der Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer
- Gesetzgeberische Sicherstellung der unbürokratischen Erhebung von Kommunalabgaben
- Streichung des Leistungsfähigkeitsvorbehalts in Art. 58 der Niedersächsischen Verfassung